

avenir analyse

Nachhaltig mehr Bürokratie

Was die Nachhaltigkeitsberichtspflicht Schweizer Unternehmen kostet

Der Bundesrat will die umfangreiche EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung übernehmen. Laut einer neuen Analyse von Avenir Suisse würde das zu deutlich mehr Bürokratie und Kosten in Milliardenhöhe für Schweizer Unternehmen führen. Dass selbst die EU inzwischen an ihrer eigenen Regulierung zweifelt, sollte auch die Schweiz zum Umdenken bewegen.

Die EU gilt als Vorreiter bei den Berichtspflichten zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG). Sie führte solche für grössere Unternehmen schon vor über zehn Jahren ein. Seither hat sie diese laufend verschärft. Mit der «Corporate Sustainability Reporting Directive» (CSRD) von 2024 werden die Offenlegungspflichten nochmals stark ausgeweitet. Das wirkt sich auch in der Schweiz aus – direkt und indirekt.

Hohe Kosten gerade für KMU

Ab 2028 sind zunächst Schweizer Unternehmen betroffen, die entweder EU-Tochterfirmen haben oder als Zulieferer in EU-Lieferketten tätig sind. In der Analyse «Nachhaltig mehr Bürokratie» haben Michele Salvi und Philippe Güttinger berechnet, dass diese Firmen für die Berichterstattungspflichten jährlich rund 680 Millionen Franken aufwenden müssten – 550 Millionen mehr als nach geltender Schweizer Regulierung. Rund 70 Prozent dieser Mehrkosten dürften bei KMU anfallen.

In der EU selbst regte sich zunehmend Kritik an dieser hohen administrativen Last. Die EU-Kommission reagierte im Frühjahr 2025 mit der «Omnibus-Initiative», die höhere Schwellenwerte, längere Übergangsfristen und mehr Spielraum bei der Umsetzung vorsieht. Und was macht die Schweiz? Bereits 2024 leitete der Bundesrat eine Angleichung der Schweizer Regulierung an jene der EU ein. Dieses Geschäft wurde jedoch kürzlich bis spätestens Frühjahr 2026 verschoben. Das ist begrüssenswert, denn eine Übernahme würde teuer werden.

Sollte der Bundesrat die EU-Richtlinie in ihrer aktuellen Form übernehmen, könnten die Kosten für Schweizer Unternehmen deutlich höher ausfallen, als wenn nur in der EU tätige Schweizer Firmen betroffen wären. Gemäss Avenir-Suisse-Berechnungen könnten die Kosten auf bis zu 1,7 Milliarden Franken pro Jahr steigen – genug, um die CO₂-Emissionen der öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz mit kostspieliger Technologie aus der Luft zu filtern.

Unklarer Nutzen einer Verschärfung

Bundesrat und Parlament sind gut beraten, die Berichterstattungspflichten in der Schweiz nicht weiter zu verschärfen. Einerseits kommen mit der neuen EU-Regulierung – selbst, wenn sie abgespeckt werden sollte – bereits umfassende Pflichten und höhere Kosten auf viele Schweizer Unternehmen zu. Andererseits zeigt die Debatte in der EU, dass selbst in Brüssel inzwischen hinterfragt wird, was ESG-Berichte tatsächlich bringen.

Transparenz bei der Nachhaltigkeit ist wichtig. Doch entscheidend ist, ob sich etwas effektiv verbessert, und nicht, wer die meisten Berichtsseiten produziert. Seit Jahren folgt im ESG-Bereich eine Revision der nächsten. Die Evaluation des Nutzens dieser Regulierungen bleibt dabei auf der Strecke. Angesichts der hohen Kosten ist eine grundlegende Überprüfung umso notwendiger.

Studienleiter Michele Salvi meint dazu: *«Statt zusätzliche Vorschriften zu übernehmen, sollte die Schweiz ihre bestehende Regulierung zuerst evaluieren. Die Kosten der Berichterstattungspflicht konnten wir in dieser Studie aufzeigen. Doch der eigentliche Prüfstein ist der Nutzen in der Praxis – und hier liegt die Beweislast beim Regulator.»*

avenir analyse: «Nachhaltig mehr Bürokratie», Michele Salvi und Philippe Güttinger, online abrufbar ab 18. August 2025 um 5.00 Uhr auf [avenir-suisse.ch](https://www.avenir-suisse.ch)

Teil 1: Was die EU-Berichterstattungspflicht Schweizer Unternehmen kostet

Teil 2: Was eine Angleichung an die EU-Vorgaben Schweizer Unternehmen kostet

Weiterführende Informationen: Michele Salvi, +41 44 445 90 09, michele.salvi@avenir-suisse.ch